

# Betroffene enttäuscht von Treffen mit Kretschmann RNZ 11.2.23

*Gespräch zum Radikalenerlass bringt mehr Streit als Einigung*

**Stuttgart/Eppelheim.** (lsw/hol) Konfrontation statt Wiedergutmachung: Betroffene des „Radikalenerlasses“ vor 50 Jahren haben sich nach einem Gespräch mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann tief enttäuscht gezeigt. „Er hat sich keinen Millimeter bewegt“, sagt Martin Hornung, einer der 20 Teilnehmer, über das Treffen am Mittwoch in Stuttgart. Der 75-Jährige aus Eppelheim war 1975 nach seinem PH-Examen nicht in den Schuldienst übernommen worden. Kretschmann sei auf Forderungen der Betroffenen „in keiner Weise“ eingegangen, erklärte die „Initiativgruppe gegen Radikalenerlass und Berufsverbote Baden-Württemberg“.

Kretschmann zeigte sich im Anschluss zerknirscht. Diesen Menschen sei Ungerechtigkeit widerfahren, „man hat pauschal alle unter einen Generalverdacht gestellt“, sagte er in Stuttgart. Bereits im Januar hatte Kretschmann in einem Brief sein Bedauern geäußert – eine formale Entschuldigung, Rehabilitierung oder Entschädigung ist aber weiter nicht geplant.

Das Treffen sei „sehr zugespitzt“ verlaufen, berichtet Hornung. Nach etwa einer Dreiviertelstunde sei die Stimmung „gekippt“. Worte wie „Schande“ seien gefallen. Schließlich hätten auch diejenigen, die nur als Zuhörer eingeplant waren, das Wort ergriffen. „Unsere Empörung ist sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden“, so Hornung. „So lassen wir uns nicht abfertigen.“ „Wir

sprechen hier unter anderem für Menschen, die aufgrund ihrer Diskriminierung heute mit einer Armutsrente von 680 bis 830 Euro leben müssen.“

Der Beschluss des Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD) und der Ministerpräsidenten der Länder 1972 sah unter anderem vor, dass vor jeder Einstellung in den öffentlichen Dienst eine Anfrage beim Verfassungsschutz gestellt werden muss. So sollte der Staatsapparat vor Verfassungsfeinden geschützt werden. Heute ist klar, dass viele auch zu Unrecht verdächtigt und Karrieren zerstört worden.

Er könne die Enttäuschung verstehen, sagte Kretschmann. Er könne aber nicht pauschal entschädigen, jeder Einzelfall müsse geprüft werden. „Und dafür gibt es im Rechtsstaat Gerichte, da muss man sich sein Recht erstreiten.“ Als „daneben“ bezeichnet Hornung diese Haltung. „Das ist ja wohl ein bisschen lächerlich nach 50 Jahren.“

Kretschmann, heute 74, wäre damals als linksextremer Student selbst fast über den Irrtümern klar distanziert, sagte der Ministerpräsident nun. Er habe aber auch das Glück gehabt, dass er gute Fürsprecher gehabt habe – und deshalb nun nicht auf der anderen Seite des Tisches saß.

„Er war nicht darauf gefasst, dass er so gebannt die Meinung gesagt bekommt“, sagt Hornung. Hoffnung auf einen plötzlichen Kurswechsel Kretschmanns habe er zwar nicht. „Aber es schafft in ihm.“



Martin Hornung.

Foto: Rothe